



04.10

Editorial

Gesellschaft

DIW-Studie zur Verteilung privater Vermögen und der Alterssicherungsvermögen
Genuss als Reiz der Zukunft

Arbeitsmarkt

Nur jeder Zehnte arbeitet bis 65

Gesundheitswesen

Großbritannien: Psychische Erkrankungen in Krisenzeiten
Arztreport 2010

Benchmarking

Die Bundesländer im Standortwettbewerb 2010

Umwelt

Höchste Zeit für eine Nachhaltigkeitsrevolution

Materialien

Neckel, Sighard: Flucht nach vorn

Impressum

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

Zukunftsmärkte zu erkennen, ist von zentraler Bedeutung für Unternehmen und Gesellschaft. Das Potential von Wachstumsmärkten muss aber auch entwickelt und gestaltet werden. Dazu gehören Kenntnisse über die Bedeutung des Zusammenspiels gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Akteure, über Einflüsse nationaler und internationaler Herausforderungen und Innovationen sowie über die Relevanz intelligenter Regulierung für die Märkte von morgen. Von diesen Prämissen ausgehend, hat das Unternehmen „Z_punkt – The Foresight Company“, Köln, eine Umfrage durchgeführt, an der 255 Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft teilgenommen haben. Sie sollten zwölf Zukunftsmärkte unter anderem hinsichtlich ihres Wachstumspotentials bewerten.

Für die Sozial- und Gesundheitswirtschaft sind vor allem zwei der betrachteten Märkte von Interesse: 80 Prozent der Befragten sprachen dem Zukunftsmarkt „seniorenrechtliche Infrastrukturen“ ein hohes oder sehr hohes Wachstumspotential zu – den höchsten Wert aller abgefragten Zukunftsmärkte. Während das Ergebnis uns als Redaktion nicht überrascht, kommentiert „Z_punkt“ wie folgt: „Erstaunlich ist dies, weil diesem Markt bislang weitgehend eine Entsprechung in der unternehmerischen Praxis fehlt.“ Mit immerhin 63 Prozent wurde „individuelle Gesundheitsvorsorge“ bezüglich des Wachstumspotentials an siebter Stelle eingestuft. Die weiteren von „Z_Punkt“ definierten Zukunftsmärkte waren: leistungsfähige Energiespeicher, intelligente Materialien, Web 3.0, Elektromobilität, dezentrale Energieproduktion, Bottom-of-the-Pyramid, neue Bildungsmärkte, nachwachsende Rohstoffe, dezentrale Produktion und urbane Agrarproduktion.

Für die Entwicklung des Zukunftsmarktes „seniorenrechtliche Infrastrukturen“ sprechen nach den Ergebnissen der Befragung der demographische Wandel, die hohe Kaufkraft der Senioren und die Bedürfnisse der neuen Alten. Barrieren für die Marktentwicklung fänden sich u. a. in der schrumpfenden Bevölkerung und der schlechten Bezahlung im Pflegebereich. „Seniorenrechtliche Infrastrukturen“ meine nicht den Neubau traditioneller Einrichtungen für Senioren, sondern vor allem „den Umbau bestehender Infrastrukturen z. B. im Wohnumfeld, aber auch die Entwicklung innovativer Dienstleistungskonzepte zur Ermöglichung eines selbständigen Lebens im Alter.“

Als Treiber für die „individuelle Gesundheitsvorsorge“ wurden die Kostensteigerungen des Gesundheitssystems, das steigende Gesundheitsbewusstsein, der demographische Wandel, der Individualisierungstrend und die technologische Entwicklung ausgemacht. Gehemmt wird die Marktentwicklung u. a. durch die hohen Kosten für die Patienten, sinkende Haushaltseinkommen und den Komplexitätsgrad der Technik. Der Zukunftsmarkt umfasse „alle Produkte, Technologien und Dienstleistungen für eine eigenverantwortliche Gesundheitsprävention jenseits der Strukturen des heutigen Gesundheitssystems – vom Gesundheitsmonitoring bis hin zur qualifizierten Selbstmedikation.“ Die Gesundheit werde zu einer Ware, für die der Bürger immer stärker selbst verantwortlich sei.

Wenn Sie mehr dazu lesen möchten: Der Ergebnisbericht zur Umfrage „Zukunftsmärkte 2020: Welche Märkte haben Zukunftspotenzial? Welche Märkte leisten einen Beitrag zur Lösung globaler Probleme?“ steht unter <http://www.z-punkt.de/zukunftsmaerkte.html> zum kostenlosen Download zur Verfügung.

Ihre Redaktion

Gesellschaft

DIW-Studie zur Verteilung privater Vermögen und der Alterssicherungsvermögen

Die ungleiche Verteilung der privaten Vermögen in Deutschland hat in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. In der Debatte hierüber sind allerdings die Anwartschaften auf Renten und Pensionen bisher außen vor geblieben. Jetzt haben Wissenschaftler des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin (DIW; <http://www.diw.de/de>) in einer von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Studie erstmals errechnet, wie sich die Vermögensverteilung ändert, wenn man Pensionsansprüche und Rentenanwartschaften in die Analysen mit einbezieht. Dabei habe sich gezeigt: „Die individuellen Alterssicherungsvermögen dämpfen die Ungleichverteilung, das Ausmaß der Vermögenskonzentration bleibt aber weiterhin hoch.“ Von einigen Aussagen der Untersuchung haben sich einige Medien bereits zu Sozialneid fördernden Schlagzeilen inspirieren lassen.

Vermögensverteilung ohne Alterssicherungsvermögen

Betrachte man ausschließlich das Geld- und Sachvermögen ohne Renten- und Pensionsansprüche, so gebe es „deutlich größere Unterschiede bei der Vermögensverteilung“. Die Ungleichheit sei hier in Deutschland zwischen 2002 und 2007 weiter gestiegen. Auch die Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland hätten sich weiter vergrößert. Während in Westdeutschland die Nettovermögen seit 2002 um gut elf Prozent angestiegen seien, seien sie in Ostdeutschland um knapp zehn Prozent gesunken. Für diese Entwicklung sei neben der hohen Arbeitslosenquote auch der Preisverfall selbst genutzter Immobilien in Ostdeutschland verantwortlich. Für die mittleren Altersgruppen von 36 bis 65 Jahren, in denen „normalerweise“ eher Vermögen aufgebaut werde, sei in Ostdeutschland ein Vermögensrückgang zu konstatieren. Dieser belaufe sich je nach Altersgruppe auf 7.000 bis 14.000 Euro, was einem Verlust von 10 bis 17 Prozent entspreche.

Insgesamt hätten die privaten Haushalte im Jahr 2007 über ein Netto-Geld- und Sachvermögen in Höhe von 6,6 Billionen Euro verfügt. Rein rechnerisch entspreche das 88.000 Euro je Erwachsenen. Tatsächlich verfügten aber mehr als ein Viertel aller Erwachsenen (27 Prozent) über kein persönliches Vermögen oder waren sogar verschuldet, während zu diesem Zeitpunkt das reichste Zehntel der Bevölkerung über ein Netto-Geld- und Sachvermögen von mindestens 222.000 Euro pro Person verfügt habe. Maßgeblich für diese Entwicklung sei die Zunahme des Geldvermögens sowie der Vermögen aus privaten Versicherungen gewesen. Im Unterschied zu dem errechneten Durchschnittsvermögen von 88.000 Euro liege der „Median des Nettovermögens“ (jener Wert, „der die reichere Hälfte der Bevölkerung von der ärmeren trennt“, also das „mittlere Vermögen“) „bei nur etwa 15.000 Euro“.

Gesamtvermögen: 150.000 Euro pro Person

„Nach neuen Berechnungen auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) beliefen sich die individuellen Renten- und Pensionsanwartschaften in Deutschland für 2007 insgesamt auf rund 4,6 Billionen Euro.“ Bei der Gesamtsumme seien Anwartschaften an die Gesetzliche Rentenversicherung, an berufsständische Versorgungssysteme, an die Alterssicherungskassen der Landwirte, aber auch Anwartschaften an Betriebsrenten oder an das Pensionswesen für Beamte berücksichtigt worden. Im Durchschnitt entfalle damit auf jeden Erwachsenen ein Vermögensanteil von 67.000 Euro. Zusammen mit dem individuellen Geld-

und Sachvermögen von durchschnittlich 88.000 Euro ergebe sich dadurch „ein erweitertes Gesamtvermögen von im Schnitt mehr als 150.000 Euro pro Person.“ Durch diese Zusammenfassung der Vermögensteile (Geld-, Sachvermögen, Renten und Pensionsanswartschaften) reduziere sich „das Niveau an Vermögensungleichheit gegenüber dem Geld- und Sachvermögen um etwa 20 Prozent“.

Die Autoren der Untersuchung weisen aber darauf hin, dass es sich bei den Anwartschaften auf Renten- und Pensionszahlungen nur um „fiktive Vermögenswerte“ handele. Man könne beispielsweise Alterssicherungsvermögen nicht beleihen, es sich nicht vorzeitig auszahlen lassen. Rente habe „auch keinen wirklich festgelegten privatwirtschaftlich gesicherten Wert“, weil in der Rentenversicherung „nur Entgeltpunkte gesammelt werden und der Rentenwert von der Politik neu festgelegt werden kann“. Es gebe also „durchaus verschiedene Argumente, warum dies (...) ein eingeschränkter Vermögensbegriff ist“.

Abnahme des „dämpfenden Effekts“

Der „dämpfende Effekt des Alterssicherungsvermögens“ auf die Vermögensverteilung habe mehrere Gründe: So besitze zwar „mehr als ein Viertel der Bevölkerung gar keine Geldvermögen, Immobilien und Betriebsvermögen“ oder sei sogar verschuldet. Allerdings würden praktisch alle Erwachsenen Ansprüche an diverse Alterssicherungssysteme erwerben. Gleichzeitig seien die Rentenansprüche in der Gesetzlichen Rentenversicherung aufgrund der Beitragsbemessungsgrenze „gedeckt“. Selbst mit Spitzeneinkommen könne man nur Rentenansprüche bis zu einer gewissen Höhe erwerben. Jedoch werde „die dämpfende Wirkung des Alterssicherungsvermögens“ künftig „wohl an Bedeutung verlieren“: Als Folge der Reformen der Alterssicherungssysteme würden die Versorgungsniveaus weiter absinken. Zudem täten sich bei einer wachsenden Zahl von Menschen durch Arbeitslosigkeit bedingte Lücken im Erwerbsverlauf auf – „mit dem Risiko zunehmender Altersarmut“.

Einige Auswirkungen der Reformen der Alterssicherungssysteme würden sich „erst mit zeitlicher Verzögerung“ bemerkbar machen. Hier nennen die DIW-Experten „exemplarisch“ die Absenkung der zu erwerbenden Rentenpunkte bei Bezug von Arbeitslosengeld II. „Dies führt bei langem Bezug zu einem deutlich erhöhten Risiko relativer Einkommensarmut oder höherer Abhängigkeit von einer Grundsicherung im Alter“. Insgesamt könne man davon ausgehen, „dass der seit etwa 1993 zu beobachtende Trend einer zunehmenden Vermögensungleichheit in Deutschland durch die Reformen der Alterssicherung weiter verstärkt wird.“

Geringere Vermögen, mehr Altersarmut in Ostdeutschland

Das durchschnittliche individuelle Netto-Geld- und Sachvermögen sei 2007 in Westdeutschland um rund 70.000 Euro höher gewesen als in Ostdeutschland. „Rund um das Verrentungsalter (63 bis 67 Jahre)“ sei dieser Unterschied mit rund 110.000 Euro weitaus größer. „Bei GRV-Bestandsrentnern sind zwar die durchschnittlichen Zahlungsbeträge in Ostdeutschland, insbesondere aufgrund der dort traditionell höheren Erwerbsbeteiligung von Frauen, derzeit noch leicht höher als in Westdeutschland. Dennoch steigt durch die Berücksichtigung aller Renten- und Pensionsanswartschaften in dieser Altersgruppe das durchschnittliche individuelle Vermögen im Westen um mehr als 190.000 Euro auf fast 350.000 Euro. Im Osten fällt der Zuwachs mit rund 140.000 Euro auf 190.000 Euro deutlich geringer aus. Der stärkere Effekt in Westdeutschland geht vor allem auf Betriebsrenten und Beamtenpensionen zurück, die in Ostdeutschland nur wenig verbreitet sind.“

Die DIW-Experten blickten „beunruhigt“ auf die zukünftige Entwicklung der Vermögen. Zusätzliche private Vorsorge werde nach den Reformen bei der Alterssicherung „unbestritten immer wichtiger“, aber „am unteren Ende der Einkommens- und Vermögensskala“ sei die private Vorsorge besonders schwach ausgeprägt. Geringverdiener dürften künftig bei der Vermögensbildung also noch stärker zurückfallen als heute.“ Problematisch sei außerdem, dass Langzeitarbeitslose so gut wie kein Vermögen zur Alterssicherung aufbauen könnten. Man müsse deshalb davon ausgehen, dass die Vermögensungleichheit auch bei der Alterssicherung zunehme und besonders Ostdeutschland „auf mehr Altersarmut zusteuern“ werde, wo es „ohnehin eine geringere Vermögensbildung“ gebe als im Westen und „deutlich mehr Langzeitarbeitslose“. Immer mehr Menschen „können im Alter weniger auf Vermögen zurückgreifen, weil zum einen das durchschnittliche Vermögen geringer ist als in Westdeutschland und bereits in den mittleren Altersgruppen ein deutliches Entsparen zu beobachten ist. Das heißt, das Risiko für Altersarmut steigt.“

Unterschiede nach beruflicher Stellung

Nicht nur die Struktur der Altersversorgung auf der Basis privater, betrieblicher und gesetzlicher Vorsorgetätigkeit unterscheide sich stark für Angestellte, Beamte und Selbständige, auch die Vermögenslage dieser Gruppen gestalte sich sehr unterschiedlich: Überdurchschnittlich gut schnitten bei einer solchen Gesamtschau Beamte und Pensionäre ab. Ihnen komme zugute, „dass sie keine eigenen Beiträge für die Altersvorsorge leisten müssen“. Sie unterlägen keinem Arbeitslosigkeitsrisiko und hätten im Allgemeinen ununterbrochene Erwerbsverläufe. Außerdem sei das allgemeine Versorgungsniveau bei Pensionären deutlich höher als bei abhängig Beschäftigten in der gesetzlichen Rentenversicherung.

Während un- oder angelernte Arbeiter und Angestellte 2007 nur über ein Vermögen von rund 35.000 Euro verfügten, mache dieses bei qualifiziertem Fachpersonal (z. B. Vorarbeiter, Meister) mehr als 70.000 Euro aus. „Angestellte mit umfassenden Führungsaufgaben“ erreichten ein durchschnittliches individuelles Nettovermögen von etwa 119.000 Euro. Untergliedert nach der Dienstlaufbahn zeige sich, „dass Beamte im einfachen oder mittleren Dienst ein Nettovermögen von gut 63.000 Euro und damit etwa so viel Vermögen aufwiesen wie Meister und Angestellte mit qualifizierter Tätigkeit“. Die Beamten des gehobenen oder höheren Dienstes verfügten über ein individuelles Nettovermögen von mehr als 140.000 Euro und damit über gut 20.000 Euro mehr als die „Angestellten mit umfassenden Führungsaufgaben“ wie Direktoren, Geschäftsführer oder Vorstände größerer Betriebe. Am höchsten falle das Vermögen von Selbständigen aus. Zum einen betrieben Selbständige stärker Altersvorsorge in Form von privaten Versicherungen, zum anderen ergebe sich dies aus dem Betriebsvermögen selbst. Je größer ein Betrieb, desto höher sei das individuelle Vermögen von Selbständigen. Dieses habe 2007 bei „Selbständigen ohne Mitarbeiter“ bei etwas mehr als 175.000 Euro gelegen „und stieg auf mehr als 1,1 Millionen Euro für Selbständige mit mehr als zehn Mitarbeitern“.

Unter Berücksichtigung der Alterssicherungsvermögen relativiere sich allerdings die dominierende Stellung der Selbständigen in der Netto-Geld- und Sachvermögenshierarchie. So wiesen Pensionäre im Durchschnitt ein erweitertes Nettovermögen (inklusive Pensionsansparungen) in Höhe von mehr als 500.000 Euro auf „und damit mehr als beispielsweise Selbständige mit einem Betrieb mit bis zu neun Mitarbeitern“. Bezieher einer gesetzlichen Rente erreichten dagegen nicht einmal die Hälfte dieses Wertes.

Ein ausführlichere Mitteilung über die Untersuchung und die Forschungsberichte von PD Dr. Joachim R. Frick und Dr. Markus M. Grabka zur „Gestiegene(n) Vermögensungleichheit in Deutschland“ (28 S., Wochenbericht 4/2009) und zum Thema „Alterssicherungsvermögen dämpft Ungleichheit, aber große Vermögenskonzentration bleibt bestehen“ (16 S., Wochenbericht 3/2010) finden sich im Internet unter http://www.diw.de/de/diw_01.c.345727.de/themen_nachrichten/vermoegen_in_deutschland_renten_und_pensionsansprueche_daempfen_ungleichverteilung_aber_hohe_konzentration_bleibt_bestehen.html.

Genuss als Reiz der Zukunft

Genießen und Wohlfühlen sind für viele Menschen wichtiger als Macht, Prestige und Einfluss. Die Konsumenten suchen verstärkt nach immateriellen Werten „und verabschieden sich zusehends vom hedonistisch geprägten, sinnleeren Anhäufen von Konsumgütern“. Genuss verknüpft sich bei modernen Menschen mit Begriffen wie Ethik und Moral, Authentizität und Gesundheit. Zu diesen Schlussfolgerungen gelangt Philipp Schaer von der Unternehmensberatung für Markenkommunikation brandamazing, München (<http://www.brandamazing.com>) im Ergebnis seiner Untersuchungen für die „1. Deutsche Genussstudie“. Dem Genuss und seinen Märkten gehöre die Zukunft.

Man habe fünf „Geniebertypen“ ermitteln und näher charakterisieren können:

„Mayflower-Genießer“

Dieser Genießer-Typ sei bei 42,0 Prozent der männlichen und 41,3 Prozent der weiblichen Befragten stark ausgeprägt. (Rückschlüsse auf die Gesamtbevölkerung könnten hieraus aber nichtgezogen werden.) „Der Mayflower-Genießer ist ein Entdecker, wie die englischen Pilgerväter 1620 in Amerika. Ihm ist egal, was andere von ihm halten. Er hat von Kobe-Beef gehört und macht irgendwann seinen Traum wahr, ein Stückchen davon zu probieren. Dafür fährt er weit, er zelebriert es während eines Wochenendes mit seiner langhaarigen Freundin in den Cinque Terre. Während er das Kobe-Beef verkostet, denkt er bereits an das nächste Mal, dann mit Kugelfisch. Zum Skilaufen fliegt er mit der Männerrunde in die rumänischen Karpaten, wo sie sich auch ein, zwei Mal einen Heli gönnen. Als ‘First Mover’ hat er sein iPhone dabei, er war einer der ersten. Aber so richtig interessiert es ihn bald nicht mehr; er wird sein altes Handy reaktivieren und das iPhone seinem Sohn aus erster Ehe schenken. Er mag das Risiko und wechselt auch einmal für ein paar Monate zu einer türkischen Bank, wenn die Tagesgeldzinsen viel versprechend sind. Bei Aktien bevorzugt er Einzeltitel, er hat keine Fonds. Er ist interessant und unberechenbar. Man muss dem Mayflower-Genießer fortwährend etwas Neues bieten, sonst verliert er schnell die Lust.“

„Filofax-Genießer“

17,9 Prozent der männlichen und 23,3 Prozent der weiblichen Befragten liebten „Filofax-Genüsse“. Der „Filofax-Genießer“ sei ein ganz Genauer. „Er lebt nach der Uhr. Verabredungen mit ihm, seien sie auch noch so fern, muss man nicht bestätigen. Er ist pünktlich, gewissenhaft und gut organisiert und freut sich wie ein Kind, wenn etwas klappt. Er schreibt Einkaufszettel, und in seinem Gemüsefach ist Gemüse drin. Geschenke kauft er auf Lager, daheim hat er sie in einer besonderen Schublade. Er geht

regelmäßig zur Krebsvorsorge. Bei Lufthansa hortet er sehr viele Meilen. Er ist Frühbucher, und wenn er fliegt, besteht er auf Platz 1A. Seine neue Freundin fliegt auf Meilen mit; er hat sie über eine Bekannftschaftsanzeige in der 'Zeit' kennen gelernt. Er liebäugelt mit einem Anzug von Windsor, und am ersten Tag des Schlussverkaufs kauft er gleich zwei. Von Zeit zu Zeit wechselt er den Stromanbieter. Wenn er sich ein Auto kauft, studiert er vorher die Pannenstatistik des ADAC. Dann kauft er mit hoher Wahrscheinlichkeit doch den neuen Volkswagen Tiguan. Die Winterreifen lässt er bereits Ende September aufziehen und die Sommerreifen einlagern. Der Filofax-Genießer reagiert extrem ungehalten, wenn man ihn während der Tagesschau anruft; er schaut sie auf einem Loewe-Flatscreen. In seiner Freizeit liest er Gratis-Testabos seiner Lieblingszeitschriften. Er hat eine Sterbegeldversicherung."

„Broadway-Genießer“

Dieser Genießer-Typ sei bei 26,7 Prozent der befragten Männer und bei 29,4 Prozent der befragten Frauen stark ausgeprägt. „Der Broadway-Genießer liebt die Bühne und das große Publikum. Auf Familienfesten kommt er zuerst gehörig zu spät und hält dann die beste Laudatio auf den Jubilar. Zuhören ist nicht so sehr sein Ding. Er trägt den Familienschmuck, dazu eine Breitling über der Manschette. Das Halstuch ist von Abercrombie & Fitch, 720 Fifth Avenue. Seinen Bordeaux kauft er bei Mövenpick; da bekommt er immer die Einladungen zur Weinprobe und darf auch ein paar andere Weinkenner mitbringen. Er tut nonchalant, aber aus dem Augenwinkel; schließlich will er den anderen gefallen. Deshalb bekommen sie alle ein Bussi, zur Begrüßung wie zum Tschüssi. Und dafür steht er meist in der Mitte. Wenn jemand einen Rat braucht, solle er aber lieber einen anderen anrufen; dem Broadway-Genießer ist das auch ganz recht so. Er fährt eine 1965er Mercedes-Pagode in Original Mausgrau. Er ist immer darüber im Bilde, was Brangelina so treiben. Seiner Frau schenkt er Schmuck von Wellendorff.“

„Impuls-Genießer“

„Der Impuls-Genießer möchte sich gern einmal richtig fallen lassen, steht aber immer unter Strom: Er braucht immer wieder den kurzen Kick, für sich und für andere. Wo er den kriegt, liest er in der GQ. Dann kommt er zum Kitesurfen an den Strand, wenn die First Mover bereits wieder weg sind. Das Geburtstagsgeschenk seiner Motorrad-Clique ist ein halber Tag Caterpillar baggern in der Kiesgrube. Er kann nicht allein sein, schreibt viele SMS und hat auf Xing, Facebook und LinkedIn die meisten Kontakte. Er will jemandem etwas beweisen, weiß aber nicht genau, wem. Samstags muss er ausgehen: Ins P1 oder in den Cocoon Club; dort steht er an der Bar und trinkt Erdbeer-Daiquiri. Der Impuls-Genießer ist ein Genussarbeiter – ehrgeizig und etwas labil. Sein Auto ist etwas zu groß für seinen Geldbeutel, und nach 14 Tagen macht ihm der neue Porsche Cayman keinen rechten Spaß mehr; allein schon gar nicht. Callcenter-Mitarbeiter haben gute Chancen, ihm am Telefon ein Los der Süddeutschen Klassenlotterie zu verkaufen.“ Der Typus des „Impuls-Genießers“ treffe auf sechs Prozent aller männlichen und 13,9 Prozent aller weiblichen Befragten zu.

„Bambi-Genießer“

Stark ausgeprägt sei dieser Genießer-Typ bei 32,1 Prozent der befragten Männer und 35,5 Prozent der befragten Frauen. „Der Bambi-Genießer geht morgens um 6 zum Tau treten auf seine Lieblingslichtung. Er ist pur und rein. Er trägt die Unterwäsche

seiner Lieblingsmarke. Er schläft auf einer Schweizer Tempur-Matratze, die die Weltraumforschung optimiert hat. Wenn er eingeladen ist, bringt er einen Rührkuchen mit, den er nach dem Pommerschen Rezept seiner Großmutter mit Butter gebacken hat. Er hat Freude daran, anderen eine Freude zu machen. Wenn ihm im Restaurant die Tür aufgehalten wird, bekommt er glänzende Augen. Beim Sonntagsausflug mit der Familie bevorzugt er das uralte gutbürgerliche Wirtshaus, in dem die Bratkartoffeln zum Wiener Schnitzel in Öl ausgebacken sind; dazu gibt es Kopfsalat. Auf Geschäftsreise trinkt er in der Hotelbar ein gezapftes Pils, das ist ihm lieber als drei aus der Flasche. Er mag Wasabi-Nüsse dazu. Und wenn er allein zuhause ist, trinkt er ein Glas Rotwein, das ist er sich wert. Er holt ihn schon in der fünften Generation beim Familienwinzer in der Wachau. Er kuschelt auf dem Sofa und schaut in die Luft. Manchmal schaut er auch etwas fern, auf dem kleinen Flachbildschirm, den man mit der Fernbedienung in die optimale Position drehen kann. Der Bambi-Genießer genießt und schweigt."

Fazit

Insgesamt zeige die Untersuchung, dass Frauen die Ordnung liebten. Zudem hätten sie – wie junge Menschen auch – tendenziell mehr Freude an geselligen Situationen und an Möglichkeiten zu einer Selbstinszenierung. Männer hingegen seien neugierig und offener für neue Erfahrungen als Frauen. Unter 31- bis 65-Jährigen sei ein höherer Anteil (25,1 Prozent) an ordnungsliebenden, disziplinierten Menschen zu registrieren als bei 16- bis 30-Jährigen (19,8 Prozent).

Die „1. Deutsche Genussstudie“ will vor allem den Praktikern aus Marketing und Kommunikation ein Instrumentarium an die Hand geben, mit dem sie die Bedürfnisse ihrer Zielgruppen besser erkennen könnten. Marken sollten den Konsumenten dabei helfen, „mehr echte Genussmomente zu erleben“. Täten sie dies nicht, so der Autor der Studie, dann drohten Ablehnung und Konsumverweigerung „als natürliche Schutzreaktion der Menschen“.

Die „1. Deutsche Genussstudie“ der brandamazing GmbH kann (zum Bezug per Post) kostenlos unter http://www.brandamazing.com/index.php?article_id=13&tclang=0 angefordert werden. Interessant wäre natürlich auch gewesen, wenn die „1. Deutsche Genussstudie“ aus vergleichender Sicht Bezug genommen hätte auf die Erkenntnisse, die Genießer-Typologien und deren (errechneten) Anteil an der Bevölkerung sowie auf die regionalen Unterschiede, wie sie in der inhaltlich viel breiter angelegten „Großen deutschen Genuss-Studie 2004“ (vorgestellt von Th. Platt in: Genussbarometer Deutschland. Wie wir zu leben verstehen. Berlin: Links Verlag 2004, 254 S. ISBN 978-3-86153-336-8) und auch in der „Großen Genussstudie 2008“ vom TÜV Rheinland und der IMPULSE GmbH in Zusammenarbeit mit der Universität Bonn (siehe z. B. <http://www2.initiative-genusskultur.de/d/2451/>) dargelegt worden sind.

Arbeitsmarkt

Nur jeder Zehnte arbeitet bis 65

Lediglich jeder dritte Deutsche geht direkt aus einer stabilen Beschäftigung in Rente, nur jeder Zehnte arbeitet dabei bis 65. Das zeigen die Ergebnisse des „Altersübergangs-Reports 2010“, den das Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung und des Forschungsnetzwerks Alterssicherung vorgelegt hat. Im „Altersübergangs-Report“ werden vor allem drei „Übergangskonstellationen“ beim Zugang in die Altersrente untersucht: „kontinuierliche sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bis zum Rentenbeginn“; „mehrjährige Arbeitslosigkeit“ und „kurzzeitige Arbeitslosigkeit unmittelbar vor Rentenbeginn“.

Soziodemographische Charakteristik der „Übergangskonstellationen“

Bezogen auf alle Neuzugänge in die Altersrente (2007) machten die „Übergangskonstellationen“ fast zwei Drittel aller Übergänge (zusammen 63,6 Prozent) aus. In Ostdeutschland gebe es anteilig doppelt so häufig Langzeitarbeitslosigkeit vor dem Rentenbeginn. Zusätzlich komme jeder vierte Neuzugang in Altersrente im Osten Deutschlands aus einer „Übergangsarbeitslosigkeit“ vor Rentenbeginn. Die Unterschiede zwischen Männern und Frauen in Ostdeutschland „hinsichtlich der Übergangskonstellationen“ seien gering, während in Westdeutschland Männer relativ oft eine stabile Beschäftigung und einen direkten Rentenbeginn aufwiesen und Frauen vergleichsweise häufig keiner der drei „Übergangskonstellationen“ zugeordnet werden könnten.

	Direkter Renteneintritt aus stabiler Beschäftigung	Übergangsarbeitslosigkeit vor Renteneintritt	Langzeitarbeitslosigkeit vor Rentenbeginn
Häufigkeit (Zeilenprozent)*	31,7	15,5	16,4
West (Zeilenprozent)*	32,0	13,6	14,0
Ost (Zeilenprozent)*	30,0	24,4	27,5
Männer West (Zeilenprozent)*	39,0	15,4	17,0
Frauen West (Zeilenprozent)*	25,2	11,7	11,1
Männer Ost (Zeilenprozent)*	30,8	25,8	25,6
Frauen Ost (Zeilenprozent)*	29,2	23,0	29,5
Anzahl der Abschlagsmonate (Durchschnitt)	36,3	38,0	42,7
Rentenzahlbetrag (Durchschnitt pro Monat in €)	1.028,8	799,8	725,9

* Differenz der Zeilenprozente zu 100: sonstige Übergänge. 100 Prozent: alle Neuzugänge in Altersrenten 2007; Quelle: FDZ-RV - SUFRTZN07XVSBB, eigene Berechnungen IAQ

Abschlagsmonate und Rentenzahlbeträge

Etwa die Hälfte aller Personen, die seit 2007 eine Altersrente direkt nach einer stabilen Beschäftigung beziehen, habe dafür Abschläge in Kauf genommen. Anhand der Abschlagsmonate lasse sich auch erkennen, „dass Langzeitarbeitslose etwa dreieinhalb Jahre vor einem abschlagsfreien Rentenbeginn eine Rente erhalten“, während jene Personen, die aus einer stabilen Beschäftigung direkt in Rente wechseln, „dies durchschnittlich drei Jahre vorzeitig tun und ein größerer Anteil abschlagsfrei die Altersrente beginnt“. Arbeitslose könnten zwar eine spezielle Rentenart („Altersrente wegen Arbeitslosigkeit“) nutzen, und sie gingen auch früher in Rente, doch dies müssten sie mit höheren Abschlägen erkaufen. Bei Langzeitarbeitslosen, von denen drei Viertel vorzeitig in Rente gingen, seien maximale Rentenabschläge von 18 Prozent des Rentenanspruchs zu verzeichnen.

Der Rentenzahlbetrag sei bei jenen Personen am niedrigsten, die aus einer Langzeitarbeitslosigkeit in die Altersrente wechseln. Allerdings stelle sich „die Relation zwischen dem letzten Einkommen vor Rentenbeginn und dem Rentenzahlbetrag“ für die Langzeitarbeitslosen „relativ günstig“ dar. Da bei Langzeitarbeitslosigkeit das Einkommen (Bezug von Arbeitslosengeld oder ALG II) stark gegenüber den Verdiensten in früheren Arbeitsjahren abfalle, ergebe sich für sie „ein im Vergleich zum aktuellen Einkommen hohes Rentenniveau“. Aus der hohen Einkommensersatzrate der Transfergeldempfänger beim Übergang in Rente entstehe so „ein Anreiz, eine Rente auch dann zu beantragen, wenn sie wegen des vorzeitigen Rentenzugangs mit massiven Abschlägen verbunden ist. Eine spartanische soziale Sicherung bei Arbeitslosigkeit, Einkommensarmut und Krankheit am Ende des Erwerbslebens lässt auch eine geringe Rente attraktiv erscheinen, auf die immerhin ein individueller Anspruch ohne Bedürftigkeitsprüfung besteht“. Mit anderen Worten: „Die derzeit bestehenden flexiblen Altersgrenzen im Rentenrecht werden nicht zuletzt von jenen genutzt, die ihrer prekären Arbeitsmarktposition am Ende des Erwerbslebens entfliehen und dafür auch dauerhafte Einbußen in der Rente hinnehmen.“

Veränderungen zwischen 2003 und 2007

Knapp die Hälfte der Männer gehe in Westdeutschland vorzeitig in Altersrente. Dieser Anteil sei seit einigen Jahren stabil. Bei den Frauen in Westdeutschland („die wegen traditionell geringerer Erwerbsbeteiligung häufiger nur die Regelaltersrente beanspruchen können und dadurch von Abschlägen weniger betroffen sind“) registriere man im letzten Jahr „eine sprunghafte Zunahme abschlagsbehafteter Altersrenten von ca. 30 auf 40 Prozent“. In Ostdeutschland sei der Anteil vorzeitiger Renten deutlich höher. Während er bei Männern in den letzten Jahren etwas zurückging, sei er bei den Frauen weiterhin gestiegen. Im Jahr 2007 seien drei Viertel aller Altersrentnerinnen in Ostdeutschland mit Abschlägen in den Ruhestand gegangen. Etwa die Hälfte der ostdeutschen Frauen (aber nur ein Fünftel der ostdeutschen Männer) hätten den Ruhestand zum frühestmöglichen Zeitpunkt und mit maximalen Abschlägen von 18 Prozent vom Rentenanspruch begonnen.

Der Anteil von Personen, die eine Altersrente aus stabiler Beschäftigung heraus erreichten, habe in Ostdeutschland seit 2003 deutlich zugenommen. Er sei von 25,6 Prozent (2003) auf 30,0 Prozent (2007) angestiegen. In Westdeutschland sei er im Wesentlichen stabil geblieben (30,7 bzw. 32,0 Prozent). Nur 10 Prozent aller Neurentnerinnen und Neurentner seien jedoch aus einer stabilen Beschäftigung im Alter von 65 Jahren in Rente gegangen. Zugenommen habe der Rentenbeginn nach

Langzeitarbeitslosigkeit. Hier hätten sich die Anteile im Westen von 7,4 Prozent (2003) auf 14,0 Prozent (2007) und im Osten von 22,6 Prozent (2003) auf 27,5 Prozent (2007) erhöht.

Fazit

Die Analyse bestätige erneut, „dass der Schlüssel zu einer sozial gerechten Altersrente in der Erwerbstätigkeit und insbesondere in der Entwicklung der Erwerbstätigkeit vor Rentenbeginn liegt“. Stabile Erwerbstätigkeit bis unmittelbar zum Renteneintritt sei aber nur für eine Minderheit von etwa einem Drittel aller Neurentnerinnen und Neurentner Realität. „Die Beschäftigungsbedingungen für Ältere und die individuelle Beschäftigungsfähigkeit im Alter müssen dringend verbessert werden, wenn die Rente mit 67 realisiert werden soll“, fordert der Arbeitsmarktforscher und Autor Dr. Martin Brussig.

Der Altersübergangs-Report 2010 (Autor: Dr. Martin Brussig) unter dem Titel „Fast die Hälfte aller neuen Altersrenten mit Abschlägen – Quote weiterhin steigend“ (18 S.) findet sich unter der Adresse <http://www.iaq.uni-due.de/archiv/presse/2010/100121.php> im Internet.

Gesundheitswesen

Großbritannien: Psychische Erkrankungen in Krisenzeiten

Die Nachfrage nach psychiatrischer Betreuung ist im zurückliegenden Jahr weiter angestiegen, da viele Menschen im Gefolge der Krise versuchten, mit Arbeitslosigkeit, Verschuldung oder dem Verlust ihrer Häuser zurechtzukommen. Das konstatiert eine gemeinsame Studie des Royal College of Psychiatrists Mental Health Network, der NHS Confederation und der London School of Economics and Political Science. Aber nicht nur die tatsächlichen finanziellen Belastungen wirkten sich auf das psychische Wohlbefinden der Bevölkerung aus. Solche Auswirkungen ergäben sich auch aus der Furcht vor den finanziellen Folgen der Krise und vor drohenden Entlassungen. Gegenwärtig verursachten die psychische Erkrankungen in Großbritannien (geschätzte) Gesamtkosten von 110 Mrd. £ pro Jahr. Diese Kosten könnten sich in den nächsten 20 Jahren verdoppeln.

Die Autoren der Studie warnen davor, die Ausgaben für die psychische Gesundheit der Bevölkerung, für psychiatrische Dienste und Kliniken zu reduzieren. Das wäre der „absolut schlimmste Zeitpunkt“ für eine Mittelkürzung bei der Prävention, bei der Behandlung und der Pflege – auch auf lokaler Ebene. Eine solche Strategie bringe vielleicht „kurzfristig Gewinn“, aber „mittel- und längerfristig schmerzliche Leiden“. Die längerfristigen negativen Auswirkungen einer solchen Sparpolitik auf psychisch Erkrankte und ihre Angehörige, auf das Gesundheitswesen insgesamt, auf die öffentlichen Haushalte und die ganze Gesellschaft wären jetzt schon absehbar.

Neuorganisation psychiatrischer Versorgung

Die psychiatrische Versorgung müsse effizienter und ohne Beeinträchtigung der Patientenversorgung neu organisiert werden. Ärzten müsse ermöglicht werden, neue Wege bei der Betreuung psychisch Erkrankter zu beschreiten. Auch müsse beispielsweise vermieden werden, dass erkrankte Menschen immer wieder anderen Fachleuten vorgestellt werden. Back-Office-Funktionen müssten sorgfältiger geplant und effektiver gestaltet werden. Der Mitarbeiterinsatz müsse effizienter erfolgen.

Britische Unternehmen könnten bis zu acht Milliarden £ pro Jahr einsparen, wenn mit Problemen der psychischen Gesundheit am Arbeitsplatz sorgsamer umgegangen werde. Und gerade jetzt müssten Arbeitgeber dabei unterstützt werden, Menschen mit psychischen Problemen zu beschäftigen, sie im Arbeitsprozess zu halten oder wieder an die Arbeit heranzuführen. Das spare erhebliche Kosten im öffentlichen Sektor.

Frühzeitiges Eingreifen, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen, solle auch weiterhin Priorität besitzen. Auch das führe, wie die Praxis zeige, längerfristig zu Einsparungen. Erforderlich seien zudem langfristig angelegte Investitionen, mit denen die öffentliche Wahrnehmung psychisch Erkrankter verändert und einer Stigmatisierung entgegen gewirkt wird. In der Forschung sollten die Investitionen vorrangig dafür eingesetzt werden, die Wirksamkeit einiger Arten von Interventionen noch gründlicher zu erforschen. Beim Nachweis der Effektivität einiger dieser Interventionen gebe es „eine spürbare Lücke“.

Die Studie „Mental health and the economic downturn. National priorities and NHS solutions“ (25 S., engl.) ist im Internet u. a. unter www.rcpsych.ac.uk/publications/collegereports/op/op70.aspx zu finden. In diesem Zusammenhang sei auch auf den Vortrag

von Prof. Dr. Frank Schneider (Präsident der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie, Psychotherapie und Nervenheilkunde) zur „Lage der Psychiatrie in Deutschland“ auf dem DGPPN-Kongress 2009 verwiesen, zu dem die Präsentationsfolien (36 St.) im Internet unter der Adresse <http://www.dgppn-kongress.de> zu finden sind.

Arztreport 2010

Die Zahl der ärztlichen Behandlungen steigt weiter. Das dokumentiert der „Barmer GEK Arztreport“, der in Kooperation mit dem Institut für Sozialmedizin, Epidemiologie und Gesundheitssystemforschung (ISEG), Hannover, herausgegeben wird. Für den Report wurden Daten für den Zeitraum 2004 bis 2008 ausgewertet. Datenbasis seien die ambulanten Abrechnungsdaten der rund 1,7 Millionen Versicherten der ehemaligen GEK gewesen. Das entspreche einem Anteil von ca. 2 Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung und ermögliche „repräsentative Hochrechnungen sowie Rückschlüsse auf die Situation der ambulanten Gesamtversorgung“.

Grunddaten und Kennziffern

Im Jahr 2008 hätten 92,9 Prozent der Bevölkerung „Kontakt zur ambulanten ärztlichen Versorgung“ gehabt. Trotz des bereits hohen Niveaus der Behandlungsrate im Jahr 2007 (92,6 Prozent) sei sie also erneut angestiegen. Die niedergelassenen Ärzte hätten 2008 je Versichertem durchschnittlich 7,5 Behandlungsfälle („Krankenscheine“) abgerechnet. 2007 seien es noch 7,1, im Jahr 2004 sogar nur 6,5 Behandlungsfälle gewesen. „Etwa die Hälfte des Anstiegs der Fallzahlen von 2007 auf 2008 um 5 Prozent dürfte dabei allerdings im direkten Zusammenhang mit der Einführung der Direktabrechnung von Laborgemeinschaften stehen“.

Mit der Einführung von Abrechnungspauschalen sei eine direkte Auszählung ambulanter Arztkontakte nicht mehr möglich. „Rechnerisch“ würden sich für 2008 nur noch 13,5 erfasste Arztkontakte pro Kopf der Bevölkerung ergeben. Doch ließen der Anstieg der Behandlungsrate und der Fallzahlen „auf einen Anstieg der Arztkontakte schließen“. In den Jahren 2006/2007 habe man je Behandlungsfall konstant 2,5 Arztkontakte ermittelt. „Legt man diesen Faktor und die gestiegenen Fallzahlen zugrunde, so ist von einem leichten Anstieg von 17,7 auf 18,1 Arztkontakte pro Versichertem und Jahr auszugehen.“

Die etwa 140.000 ambulant tätigen Ärzte in Deutschland dürften im Jahr 2008 insgesamt 77 Millionen Personen im Rahmen von 614 Millionen Abrechnungsfällen behandelt haben. Damit bewege sich die Zahl der Arztkontakte „weitgehend auf einem vergleichbaren Niveau wie im Vorjahr“ (2007), „für das knapp 1,5 Milliarden Arztkontakte errechnet worden waren“.

Die Behandlungsfrequenz deutscher Ärzte sei im internationalen Vergleich sehr hoch. Lediglich für Japan würde über „annähernd vergleichbare Werte“ berichtet. Überschlage man die Zahlen von 2007, so würden sich durchschnittlich 10.735 Patientenkontakte pro Jahr und 224 Patientenkontakte pro Woche ergeben. Das bedeute „durchschnittlich rund 45 Patienten pro Werktag und acht Minuten pro Patientenkontakt“. Für einen der Autoren, Dr. Thomas Grobe (ISEG), stelle sich angesichts der vielen Patientenkontakte nunmehr die Ressourcenfrage: „Für den einzelnen Patientenkontakt bleibt offenbar immer weniger Zeit. Mancher Arztkontakt dürfte sich wiederum durch längere Behandlungszeiten erübrigen.“

Häufigste Diagnosen

Als „Erkrankungsgruppen im engeren Sinne“ seien am häufigsten diagnostiziert worden: „Krankheiten der Wirbelsäule und des Rückens“ (bei 36,1 Prozent der Bevölkerung), „Akute Infektionen der oberen Atemwege“ (28,3 Prozent), „Hypertonie - Hochdruckkrankheit“ (26,1 Prozent), „Arthropathien bzw. Gelenkerkrankungen“ (24,3 Prozent) und „Stoffwechselstörungen“ (23,5 Prozent).

Untersuchungen zur Früherkennung von Krebserkrankungen

Der Diagnoseschlüssel (Z 12) „Spezielle Verfahren zur Untersuchung auf Neubildungen“ sei im Jahr 2008 „ausgesprochen häufig“, nämlich für 23,3 Prozent der Bevölkerung dokumentiert worden. Krebs-Früherkennungs-Untersuchungen hätten sich 2008 schätzungsweise 15,4 Millionen der insgesamt 37 Millionen weiblichen Versicherten in der GKV und 3,6 Millionen der insgesamt 33 Millionen männlichen GKV-Versicherten (ab 45 Jahren) unterzogen. Eine Darmspiegelung sei für „schätzungsweise 600.000 GKV-Versicherte abgerechnet worden, ein Mammographie-Screening für knapp zwei Millionen Frauen und eine Screening-Untersuchung auf Hautkrebs für ca. 2,3 Millionen GKV-Versicherte.

Diabetes mellitus (Zuckerkrankheit)

Während die jüngeren Versicherten „nur zu marginalen Teilen“ diesen Erkrankungsformen zugeordnet würden, seien 2008 bei den männlichen Versicherten im Alter zwischen 75 und 90 Jahren mehr als ein Viertel davon betroffen. Bei Frauen ließen sich „vergleichbar hohe Werte nach der Vollendung des 80. Lebensjahres beobachten. Insgesamt seien diese Erkrankungsformen 2008 schätzungsweise bei etwa fünf Millionen der 70 Millionen GKV-Versicherten (7,1 Prozent) diagnostiziert worden.

Depressionen und „wahnhaftige Störungen“

Diese Erkrankungsgruppe belege „gemessen an der Zuordnungshäufigkeit“ Platz 2. Rechne man die Daten der GEK hoch, so „dürften im Jahr 2008 etwa 6,6 Prozent der 70 Millionen GKV-Versicherten“ dieser Erkrankungsgruppe zugeordnet werden, was etwa 4,6 Millionen Versicherten entspreche. Frauen seien „mit einem bevölkerungsbezogenen Anteil von 9,1 Prozent“ mehr als doppelt so häufig von Depressionen betroffen wie Männer (3,8 Prozent).

Herzinsuffizienz

Eine eingeschränkte bzw. ungenügende Pumpfunktion des Herzens (Herzinsuffizienz) sei im Jahre 2008 – nach Hochrechnungen – bei etwa 2,8 Prozent aller GKV-Versicherten bzw. etwa 2,0 Millionen Personen diagnostiziert worden, darunter bei 800.000 Männern und 1,2 Millionen Frauen.

Arbeitsunfähigkeit

„Nach einem bereits ausgesprochen niedrigen Krankenstand in den Jahren 1997 und 1998 bewegten sich die krankheitsbedingten Fehlzeiten zwischen 1999 und 2001 auf einem merklich höheren Niveau, ohne jedoch die relativ hohen Fehlzeiten zu Beginn der 90er Jahre zu erreichen. Bis 2004 war es erneut zu einer erheblichen Reduktion der Fehlzeiten gekommen. Für 2005 hatte sich im Vergleich zu 2004 ein geringer Anstieg der Fehlzeiten gezeigt. (...) Im Jahr 2006 waren die Fehlzeiten erneut zurückgegangen und erreichten einen historischen Tiefstand. Im Jahr 2008 sind die Fehlzeiten, wie bereits im Vorjahr, merklich angestiegen. War eine Erwerbsperson im Jahr 2006 durchschnittlich nur 12,9 Tage krankgemeldet, so waren es 2008, also zwei Jahre später, 14,2 Tage und damit 10,1 Prozent mehr.“

In der Publikation „Gesundheit auf einen Blick“ (Ausgabe 2009) beziffert das Statistische Bundesamt den Arbeitsausfall, der allein im Jahr 2006 durch Krankheiten und Unfälle entstanden sei, auf „rund 37 Kalendertage je Erwerbstätigen“. Zusammen seien das „4 Millionen verlorene Erwerbstätigkeitsjahre“. (<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Navigation/Publikationen/Fachveroeffentlichungen/Gesundheit.psml>)

Allgemeine Schlussfolgerungen

Der stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Barmer GEK, Dr. Rolf-Ulrich Schlenker, lobt „das breite Angebot und die hohe Akzeptanz der ambulanten Versorgung in Deutschland“, fordert jedoch „mehr kooperative Steuerung“. Die Wirkung der Praxisgebühr sei „fraglich und die grundsätzlich sinnvolle hausarztzentrierte Versorgung steckt in der Sackgasse. Mit dreiseitigen Vereinbarungen zwischen Krankenkassen, Hausarztverbänden und Kassenärztlichen Vereinigungen könnten wir den gordischen Knoten lösen.“ Niedergelassene Ärzte und Krankenhäuser müssten gemeinsam mit den Kassen „eine ausreichende und qualitativ hochwertige Versorgung auch außerhalb der großen Städte sicherstellen“.

Der „BARMER GEK Arztreport. Schwerpunkt: Erkrankungen und zukünftige Ausgaben“ (269 S.) ist im Internet unter der Adresse http://www.barmer.de/barmer/web/Portale/Versichertenportal/Presse-Center/Pressemitteilungen/100119_20PK_20Arztreport/content_20Arztreport.html?w-cm=CenterColumn_tdocid zu finden.

Benchmarking

Die Bundesländer im Standortwettbewerb 2010

Vor zehn Jahren wurde in der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh (<http://www.bertelsmann-stiftung.de/>) ein Konzept entwickelt, mit dem durch „standortpolitisches Benchmarking in Form von Ländervergleichen“ ein „Lernen von den Besten“ angeregt und implementiert werden soll. Im Jahr 2001 erschien dann erstmals die Studie „Die Bundesländer im Standortwettbewerb“, in der auf Basis eines „ökonometrischen Modells“ nicht nur die Erfolge der Länder (mit einem „Erfolgsindex“) bewertet wurden, sondern auch „die Aktivitäten, mit denen die Länderpolitik versucht hat, die erzielten Erfolge zu beeinflussen“. Das Bundesländer-Ranking 2010 wurde im Auftrag der Bertelsmann Stiftung am volkswirtschaftlichen Institut der Bayerischen Julius-Maximilians-Universität Würzburg unter Leitung von Prof. Dr. Norbert Berthold erstellt.

Insgesamt hätten die Wissenschaftler „sowohl im Westen als auch im Osten der Bundesrepublik ein deutliches Nord-Süd-Gefälle“ ausgemacht. Der Aufholprozess in den neuen Bundesländern gehe nur sehr schleppend voran.

Kernaussagen des Bundesländer-Rankings

- Erfolgreichste Bundesländer im Bereich „Beschäftigung“ seien Baden-Württemberg, Bayern und Hamburg. Die Arbeitsmarktsituation in den neuen Bundesländern bleibe „weiter angespannt“. Doch zumindest Thüringen und Sachsen könnten hier Erfolge verbuchen. So habe Sachsen erstmals ein westdeutsches Bundesland (Schleswig-Holstein) bei der Erwerbstätigenquote überholen können. Thüringen könne inzwischen „bei der offenen und verdeckten Arbeitslosenquote als einziges ostdeutsches mit einem westdeutschen Bundesland (Bremen) mithalten“.
- Als erfolgreichste Länder im Bereich „Einkommen“ werden die beiden Stadtstaaten Hamburg und Bremen sowie die süddeutschen Länder Bayern und Baden-Württemberg genannt. Sachsen-Anhalt behaupte sich „im Zielgrößenbereich 'Einkommen'“ im Mittelfeld. Das Land habe sich im Vergleich der Bundesländer „zum wiederholten Male überdurchschnittlich“ entwickelt und weise im aktuellen Beobachtungszeitraum (2006-2008) „das bundesweit zweithöchste Wirtschaftswachstum auf“.
- Berlin habe die rote Laterne beim Wirtschaftswachstum an Schleswig-Holstein abgeben können. Im Aufschwung der vergangenen Jahre habe die Bundeshauptstadt „ihre lange Stagnationsphase überwunden“. Auch am Arbeitsmarkt sei der Wachstumsschub angekommen. Verglichen mit den anderen Bundesländern blieben jedoch „die Beschäftigungssituation schwierig und der Anteil der Transferempfänger hoch“.
- Überdurchschnittlich hoch sei die soziale Absicherung in den südlichen Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg sowie Rheinland-Pfalz mit rund sieben Prozent Transferempfängern, in Hessen und dem Saarland mit jeweils neun Prozent. Im Mittelfeld fänden sich Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen wieder, wo jeweils etwa 10 Prozent der Bevölkerung auf finanzielle Unterstützung vom Staat angewiesen seien. Als einziges ostdeutsches Bundesland liegt Thüringen mit 12 Prozent vor Hamburg mit 13 Prozent in dieser Gruppe.

- Das Armutsrisiko in Bayern und Baden-Württemberg sei recht gering. In den beiden süddeutschen Bundesländern wären durchschnittlich wenig mehr als 50 von 1.000 Einwohnern auf finanzielle Unterstützung vom Staat angewiesen, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können. Ursache für den großen Unterschied zwischen West- und Ostdeutschland bezüglich des Armutsrisikos sei der hohe Anteil junger Alleinerziehender, „da diese tendenziell eher von Armut bedroht sind als Paare“.
- Bei der inneren Sicherheit schiebe sich Thüringen knapp an Baden-Württemberg vorbei auf den zweiten Platz. Da der Freistaat zudem auch „ein relativ hohes Maß an sozialer Sicherheit“ biete, setze sich das Land „im Zielgrößenvergleich ‚Sicherheit‘“ in der Spitzengruppe fest. Jedoch bleibe dieser Bereich weiterhin „die Domäne der beiden süddeutschen Länder Bayern und Baden-Württemberg“.
- Die „Konsolidierungsstrategie“ einiger Bundesländer wie Mecklenburg-Vorpommern und Berlin sei durch die „ersten ausgeglichenen Haushalte belohnt“ worden. Jene Länder, die in den letzten Jahren „auf der Ausgabenseite den Rotstift angesetzt haben“, dürften auch „den aktuellen Einbruch der Steuereinnahmen besser verkraften“.

Baden-Württemberg

„Wirtschaftliche Stärke, hohe Beschäftigung und die gute Sicherheitslage“ seien Ausdruck für den Erfolg Baden-Württembergs im Standortwettbewerb. Der wirtschaftliche Erfolg stütze sich zum einen auf die großen Unternehmen im Land und zum anderen auf die vielen mittelständischen Unternehmen insbesondere im Maschinen- und Anlagenbau. Auch die Hochschulen trügen zur „Innovationsfreude des Landes“ bei. Vor allem in der Kooperation zwischen Hochschulen und den Wirtschaftspartnern der Region liege „ein Schlüssel, um mit anspruchsvollen Produkten den Erfolg des Standorts trotz hoher Lohnkosten auch in Zukunft sichern zu können“. Angesichts der Attraktivität der Landschaft und den zahlreichen kulturellen Angeboten „könnte das Land beim Fremdenverkehr allerdings noch zulegen“. Die Haushaltskonsolidierung „kann als Voraussetzung für die Einhaltung des für 2011 geplanten Verschuldungsverbots angesehen werden“. Die „Modernisierung der Verwaltungsstruktur und des Dienstrechts sowie die bildungs- und sicherheitspolitischen Maßnahmen zeichnen insgesamt ein positives Zukunftsbild“.

Bayern

„Ob Wirtschaftskraft, Beschäftigungssituation oder Sicherheitslage – Bayerns Landespolitik kann in einem breiten Zielgrößenspektrum punkten.“ Insbesondere mit dem ausgeglichenen Haushalt seien zentrale Investitionsgrundlagen geschaffen, die nicht nur allgemein der Wirtschaft zu Gute kommen, „sondern auch den Standort stärken und die Einkommensentwicklung verbessern werden“. Die Konzentration der Staatsregierung auf das Schulwesen, insbesondere auf die Hauptschulen, stelle „einen ersten Schritt zur Steigerung der Abschlussquote“ dar. Angesichts des Bedarfs der Wirtschaft an hochqualifizierten Arbeitskräften solle der Freistaat zudem versuchen, den Anteil von Absolventen mit Hochschul- und Fachhochschulreife zu erhöhen. Potenzial bestünde hier noch „bei den begabten Kindern aus bildungsfernen Schichten“, die an Bayerns Gymnasien nur relativ schwach vertreten seien. Wenn der Freistaat sich in der Bildungspolitik vor allem an den Begabungen und Interessen der Kinder orientiert, dürfte er für Bürger, die mit dem Gedanken spielen, anderen Bundesländern den Rücken zu kehren, „noch attraktiver werden“.

Berlin

Die Analyse ergebe, „dass die Bundeshauptstadt auch jenseits der katastrophalen Haushaltslage große Schwierigkeiten hat“. Wie andere ostdeutsche Bundesländer auch leide Berlin „unter einem erheblichen Mangel an Arbeitsplätzen“. Selbst die Hauptstadtfunktion könne dies nicht ändern. Die Metropole müsse sich auf ihre eigenen Stärken besinnen. Genannt werden hier u. a. „der bereits hohe Anteil der Beschäftigten im Dienstleistungssektor sowie die große Bereitschaft der Bevölkerung zu unternehmerischem Engagement. Die zunehmende Innovationsfähigkeit der Berliner Unternehmen stimmt positiv.“ Ein zunehmendes Problem stelle „die angespannte Sicherheitslage“ dar. Sie sei zum einen auf die „schlechte wirtschaftliche Situation“ zurückzuführen. Zum anderen seien schulische und berufliche Ausbildung „unzureichend“. Die Zukunftsaussichten und Teilhabechancen vieler junger Menschen seien „daher eingeschränkt“. Bei allen zukünftigen Handlungen der Landesregierung gelte es, „die finanziellen Folgen zu berücksichtigen. Hierbei muss bedacht werden, dass Rückflüsse aus Investitionen durch den Länderfinanzausgleich eingegeben werden. Der Weg in eine bessere Zukunft kann im gegenwärtigen System daher nur durch Einsparungen über eine strikte Haushaltspolitik erreicht werden“.

Brandenburg

Als positiv sei zu bewerten, „dass die Landesregierung die Fehler der Vergangenheit klar analysierte und in der Förderpolitik neue Wege beschritt“. Es bleibe allerdings zu wünschen, „dass sie die weiteren Aufgaben insbesondere die Sanierung des Landeshaushaltes genauso konsequent verfolgt“. Dabei solle darauf geachtet werden, „dass das für ostdeutsche Verhältnisse geringe Investitionsvolumen nicht weiter gekürzt wird, sondern konsumtive Ausgaben eingespart werden“. Mit einem Bürokratieabbau habe das Land „einen wesentlichen Schritt zu mehr Unternehmerfreundlichkeit geleistet, der auch für andere Länder vorbildlich sein kann“. Es bleibe zu hoffen, „dass die märkischen Unternehmer die dadurch gewonnenen finanziellen Spielräume in ein hohes Wirtschaftswachstum umsetzen können oder zu weiteren Investitionen (nicht nur) in der Capital Region veranlasst werden“. Nötig sei eine weitere Verbesserung der Bildungspolitik. „So sollte zum einen mehr Schülern ein Abitur ermöglicht werden, ohne jedoch die Qualität des Abschlusses zu mindern. Zum anderen sollten die Universitäten und Fachhochschulen des Landes mehr Mittel in Forschung und Lehre investieren, um den tertiären Bildungsbereich zu fördern.“ Das Land könne nur mit „zusätzlichem Humankapital“ der hohen Arbeitslosigkeit Herr werden.

Bremen

„Das Beispiel Bremen zeige, dass durch Subventionen und andere Markt verzerrende Staatseingriffe keine Probleme gelöst werden.“ Stattdessen entstünden durch die hohe Zinsbelastung zusätzliche Verbindlichkeiten. „Die Kosten für dieses intergenerativ unfaire Verhalten muss in Bremen die aktuell erwerbstätige Generation tragen.“ Erwerbstätige hätten große Schwierigkeiten, einen Arbeitsplatz zu finden, „da der Strukturwandel zu lange herausgezögert wurde“. Gleichzeitig fehlten finanzielle Mittel, die sozialen Folgen abzufedern. Einkommensstarke Gruppen wanderten in andere Bundesländer ab, „zurück bleiben die Armen und Alten“. Betrachte man die gegenwärtige Finanzpolitik des Landes, so gewinne man den Eindruck, „dass Bremen die innere Kündigung bereits vollzogen hat“. Statt eines Sparkonzeptes würden die Schulden „in der Hoffnung auf neue Hilfen des Bundes“ verwaltet.

Hamburg

Analysiere man Einkommen und Beschäftigung, so gebe es „kaum einen Wirkungsfaktor bei dem die Elbmetropole nicht einen der vorderen Plätze belegt“. Nehme man „die zahlreichen Programme zum Ausbau vorhandener Stärken hinzu“, so lasse sich „für die Zukunft Positives erwarten“. Allein die „geringe Investitionsbereitschaft der hanseatischen Industrieunternehmen“ sei ein Wermutstropfen. Sei bisher der Bereich „Sicherheit“ ein Schwachpunkt der Elbmetropole gewesen, so zeige sich auch hier „ein deutlich verbessertes Ergebnis“. Die Anzahl nicht aufgeklärter Straftaten sei im aktuellen Beobachtungszeitraum so stark gesunken „wie in kaum einem anderen Bundesland“. Zurückzuführen wäre das auf eine „konsequente Politik des Landes“. Bedenke man, „dass sich einige Maßnahmen erst in einigen Jahren auswirken werden, ist zukünftig eine weitere Entspannung der Sicherheitslage zu erwarten“. Jedoch sei „eine nachhaltigere Finanzpolitik dringend notwendig“. Verschuldung und Zinszahlungen hätten „mittlerweile problematische Höhen erreicht“. Betrachte man jedoch die Erfolge Hamburgs und „die umsichtige Politik in anderen Bereichen“, so bestünden kaum Zweifel, „dass auch dieses Problem gelöst werden kann“.

Hessen

Hessen gehöre „eindeutig in die Spitzengruppe der Bundesländer“. Nur beim Einkommen verfehle Hessen „aufgrund des schwächelnden Wirtschaftswachstums (...) knapp den grünen Bereich“. Wenn es „die eingeschlagene Konsolidierungsstrategie“ zielstrebig weiter verfolge und sich auf seine Kernkompetenzen beschränke, „dürfte es angesichts der guten Ausgangslage auch möglich sein, mittelfristig einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Dieser würde die Grundlage schaffen, um auch in Zukunft wichtige Investitionen, insbesondere in den Standortfaktor Bildung und Humankapital, finanzieren zu können“. Im nationalen und internationalen Standortwettbewerb könne ein Land durch gut ausgebildete Arbeitskräfte und eine gut ausgebaute Infrastruktur „punkten“. Über beides verfüge Hessen, „zudem auch über Experimentierfreude und Offenheit, wenn es darum geht, das Land nach vorne zu bringen“. Es „sollte“ nur eine Frage der Zeit sein, „bis Hessen auch beim Wachstum wieder vorne mitspielen kann“.

Mecklenburg-Vorpommern

Die Probleme des Landes seien vielfältig. Sie ließen sich „in den meisten Fällen auf die stagnierende Wirtschaftskraft“ zurückführen. Sollte es der Landesregierung nicht gelingen, noch mehr Unternehmen anzusiedeln und noch mehr Menschen zur Selbstständigkeit zu animieren, so „ist eine dauerhafte Verbesserung nicht zu erwarten“. Die Infrastruktur des Landes sei längst kein Wachstumshemmnis mehr. Mecklenburg-Vorpommern übertreffe beim Wirkungsfaktor „Verkehrsinfrastruktur“ schon Baden-Württemberg, Niedersachsen und andere westdeutsche Länder. Von „Resignation oder blindem Aktionismus“ sei die Landespolitik „weit entfernt“. Die angestrebte Verwaltungsreform „verdeutliche zwar exemplarisch, dass die Regierung des Landes bereit ist, eine nachhaltige Politik zu betreiben. Doch bis Mecklenburg-Vorpommern auch in anderen Bereichen als der Neuverschuldung Bayern auf Augenhöhe begegnen kann, wird noch einige Zeit vergehen“. Eine solche Entwicklung sollte aber für Mecklenburg-Vorpommern „nicht unmöglich sein“.

Niedersachsen

Die Imagekampagne des Landes zeige deutlich, „dass das Land die norddeutsche Zurückhaltung abgelegt“ habe. Die Forschungslandschaft sei in einigen Bereichen vorbildlich. Um jedoch den Rückstand zu den süddeutschen Ländern aufzuholen, „sollte das Land die Investitionen in Forschung und Entwicklung weiter fördern“. Während das Land Niedersachsen „lange Zeit Schulden aufgebaut und dadurch zunehmenden Zinszahlungen zu verantworten“ habe, könnten die süddeutschen Länder „dieses Geld für die Förderung wirtschaftsfreundlicher Rahmenbedingungen nutzen“. Niedersachsen müsse „daher weitere Einsparungen vornehmen“. Es sollte „vornehmlich eine einnahmenorientierte Ausgabenpolitik betreiben, denn die Investitionsquote des Landes ist bereits eine der niedrigsten bundesweit“. In der Verkehrsinfrastruktur habe das Land „deutlichen Nachholbedarf“. Die „geringe Investitionsquote der Industrieunternehmen sowie die unterdurchschnittliche Selbstständigenquote“ wiesen darauf hin, „dass die unternehmerischen Rahmenbedingungen des Landes noch deutliches Verbesserungspotenzial beherbergen“.

Nordrhein-Westfalen

Die „positive Entwicklung entlang der Rheinschiene“ sei nur ein Teil der Bilanz Nordrhein-Westfalens. Die „noch nicht verarbeitete Krise des Bergbaus im Ruhrgebiet“ sei die andere Seite der Medaille. Der beschwerliche Weg müsse „noch lange fortgesetzt werden, ehe sich die Lage spürbar verbessert“. Die Erkenntnis, dass Bildung der Schlüssel zu mehr Wohlstand ist, „scheint sich durchgesetzt zu haben“. Nordrhein-Westfalen könne es sich aber „nicht leisten, Teile der Bevölkerung nicht ausreichend zu fördern“. Die Bildungspolitik müsse sich daran messen lassen, „ob es ihr gelingt, alle arbeitsfähigen Menschen für den Arbeitsmarkt zu qualifizieren“. Die aus dem Subventionsabbau frei werdenden Mittel sollten in Aus- und Weiterbildung investiert werden. Die Förderung innovativer Ideen und Unternehmer „als Triebfeder für Wachstum und Beschäftigung“ solle vor allem „durch unternehmensfreundliche Rahmenbedingungen, möglichst wenig Bürokratie und eine herausragende Forschungsinfrastruktur“ gewährleistet werden. Der Konsolidierungskurs solle beibehalten und der Haushalt „auch weiterhin nach Einsparpotenzial durchforstet“ werden. Ziel müsse sein, „Nordrhein-Westfalen wieder als Ganzes auf die Erfolgsspur zu bekommen“.

Rheinland-Pfalz

Zu Zeiten des Kalten Krieges hätten an Rhein und Mosel vor allem die U.S.-amerikanische Truppen „einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor“ dargestellt. Durch deren Abzug sei das Land „hart getroffen“ worden. Es gelte, „durch geeignete Rahmenbedingungen und eine verlässliche Politik Unternehmen ins Land zu holen. „Die unter den westdeutschen Ländern relativ geringe Erwerbstätigenquote und das vergleichsweise niedrige BIP pro Kopf weisen darauf hin, dass hier noch Nachholbedarf besteht.“ Insbesondere qualifizierte Arbeitskräfte seien unabdingbar für wirtschaftlichen Erfolg. Der Überschuss an Auspendlern zeige, „dass hier Potenzial vorhanden ist, welches auch im eigenen Land genutzt werden könnte“. Stetige Bemühungen der Landesregierung „insbesondere in der Bildungspolitik“ seien unerlässlich. Gleichermäßen wichtig sei es, „eine solide Haushaltspolitik zu verfolgen und Einsparpotenziale konsequent zu nutzen“. Dies schaffe Spielraum für Investitionen und fördere das Vertrauen der Unternehmen in den Standort. „Nicht zuletzt sind verstärkte Anstrengungen im Bereich Forschung und Entwicklung und bei den Hochschulen von Nöten, denn im Hochlohnland Deutschland sind Innovationen die wichtigste Triebfeder

für wirtschaftliche Dynamik."

Saarland

Das Saarland gebe „Grund zur Hoffnung“, zumindest was die wirtschaftliche Situation angehe. Die eingeschlagenen Wege sollten mutig weitergegangen werden. Weitere Sparanstrengungen sollten dabei nicht vergessen werden. Auch hier gebe es „Lichtblicke“. Die geplante Verwaltungsreform solle schnell angepackt und „Einsparpotenziale konsequent ausgeschöpft“ werden. Fraglich sei allerdings, „ob finanzielle Wohltaten, wie ein kostenloses Kindergartenjahr, tatsächlich die Geburtenrate erhöhen und damit die bedrohliche demographische Entwicklung des Saarlands abmildern können“. Vielleicht könne man ja auch „die Gebührenfreiheit der Kinderbetreuung auf einkommensschwache Haushalte beschränken“. Langfristig werde jedenfalls „nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die finanzielle Situation für die Zukunft des Saarlands entscheidend sein“.

Sachsen

Der Zielgrößenbereich „Beschäftigung“ sei der einzige, „in dem Sachsen nicht im gelben, sondern im roten Feld“ liege. Ursache hierfür sei vor allem die hohe Arbeitslosigkeit. Die chronische Unterbeschäftigung mache sich auch im Umfang des Risikos bemerkbar, von Armut betroffen zu sein. „Auch wenn sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt in den vergangenen Jahren bereits spürbar aufgehellt hat, sollten im Hinblick auf die negativen gesellschaftlichen sowie individuellen Auswirkungen von Arbeitslosigkeit die Anstrengungen zu ihrer Bekämpfung nicht nachlassen.“ Die Politik des Freistaates lasse hoffen, „dass sich das Land allmählich an das westdeutsche Niveau heranarbeiten kann“. Insbesondere „die solide Haushaltspolitik“ verdiene Anerkennung. Das Land fördere so das Vertrauen potenzieller Investoren in den Standort. Die an Zinsen eingesparten Mittel könnten für die kontinuierliche Investition in Bildung und Forschung genutzt werden. Insgesamt sei das Land „auf einem guten Weg und kann als Vorbild für einige andere ostdeutsche Bundesländer dienen“. Wenn der Freistaat an der erfolgreichen Politik festhalte, „könnte er vielleicht schon bald auch das ein oder andere westdeutsche Bundesland hinter sich lassen“.

Sachsen-Anhalt

Das „Verliererimage“, das Sachsen-Anhalt lange angehaftet habe, habe das Land schon „weitgehend abgestreift“. Der Landesregierung sei es mit einem Bündel von Maßnahmen und Initiativen „gelingen, den Negativtrend zu durchbrechen und positive Entwicklungen einzuleiten“. Seinen Ausdruck finde das in der hohen Investitionsquote in der Industrie, in einer stark gestiegenen „Selbständigenquote“ oder der „erfreulichen Ausbildungsstellenrelation“. Doch noch immer stehe das Land vor zahlreichen ungelösten Problemen. Es habe zwar „die höchste Arbeitslosenquote an Mecklenburg-Vorpommern weitergereicht“, der Arbeitsmarkt sei aber „weiterhin in einer desolaten Verfassung“. Jeder Fünfte finde keinen Arbeitsplatz. In den vergangenen Jahrzehnten habe das zu einer „beispiellosen Abwanderung“ geführt. Diese soziale Mobilität belaste den bereits defizitären Haushalt zusätzlich. Auch nutze das Land „wie kaum ein anderes“ die Solidarpaktmittel zur Schließung von Haushaltslöchern anstelle für Investitionen. „Vor diesem Hintergrund besteht dringender Konsolidierungsbedarf.“ Die „zunehmende Fremdenfeindlichkeit“ mache dem Land zu schaffen, sie erschwere ausländische Investitionen und somit die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Die Tragweite der Herausforderungen impliziere „insgesamt eine langfristige und nachhaltige Bearbeitung“.

Schleswig-Holstein

Lange Zeit habe sich das Land „auf einem gefährlichen Kurs“ befunden. Von gravierenden Problemen zeugten der „hohe Schuldenberg“, die „geringe Investitionsbereitschaft der Industrieunternehmen“ und die niedrige Erwerbstätigenquote. Das Land habe jedoch „aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt und einige marktkonforme Korrekturen vorgenommen“. Die hohe „Ausbildungsstellenrelation, die hohe Selbständigenquote und die niedrige Gewerbesteuer“ stimmten zuversichtlich. In anderen Bereichen wie der Verkehrsinfrastruktur sowie der Forschung habe das Land „Maßnahmen ergriffen, die zu einer deutlichen Verbesserung führen werden“. Die Landesregierung sollte den eingeschlagenen Sparkurs weiterverfolgen. Im Bildungsbereich sei „dringender Handlungsbedarf“ geboten. Insbesondere sollten die Zahl der Unterrichtsstunden je Schüler und die Studienanfängerquote erhöht werden. Insgesamt seien die Aktivitäten des Landes „Erfolg versprechend“. Zu hoffen sei, dass sich die „Reforminitiativen“ positiv auf das Wirtschaftswachstum des Landes auswirken werden.

Thüringen

Die Position des Landes in der Mitte Deutschlands wirke sich bisher vor allem auf dem Arbeitsmarkt aus, der „durch Auspendler in angrenzende westdeutsche Bundesländer entlastet“ werde. Damit diese Lage auch „zu einem veritablen Standortvorteil“ werde, sei es wichtig, die Verkehrsinfrastruktur weiter auszubauen. Die thüringische Wirtschaft sei besonders dort stark, wo Forschung und Entwicklung einen hohen Stellenwert besitzen. Insbesondere in der Mikroelektronik und der Optoelektronik würden Innovationen hervorgebracht. Dieser Vorzug sollte weiter ausgebaut werden. Das einzige Manko des Wissenschaftsstandortes sei in der „unterdurchschnittlichen Studentenzahl“ zu sehen. Thüringen sollte „noch offensiver seine Stärken als innovativer Standort“ herausstellen und „sofern möglich“ auch die Hochschulfinanzierung weiter ausbauen. Ein sich abzeichnender Fachkräftemangel bei gleichzeitig „schwacher Ausbildungsstellenrelation“ erhöhe die Notwendigkeit, „jungen Menschen im Anschluss an die Schule diejenigen spezifischen Qualifikationen zu vermitteln, die von Unternehmen nachgefragt werden“. Die thüringische Landesregierung solle ihre Qualifizierungsbemühungen weiter intensivieren. Mit seiner Sparpolitik vermeide der Freistaat, dass die Zukunft des Landes durch einen zu hohen Schuldenberg belastet werde. Von dieser Linie sparsamer Haushaltsführung solle auch angesichts von Widerständen nicht abgewichen werden. Behalte die Landesregierung ihren Kurs bei, „wird sich der wirtschaftliche Aufholprozess fortsetzen“. Es sei zu erwarten, „dass die Denkfabrik Thüringen ihren Siegeszug auf den Weltmärkten fortsetzen kann“. Aus dem „grünen Herzen Deutschlands“ werde so zunehmend „Deutschlands starke Mitte“.

Ein Ergebnisbericht zur Studie der Bertelsmann Stiftung „Die Bundesländer im Standortwettbewerb 2010“ (9 S.), sowie Grafiken, die 16 Länderberichte und weitere Informationen zum Forschungsprojekt „Die Bundesländer im Standortwettbewerb“ finden sich im Internet unter http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-9C61AB14-74E2A15F/bst/hs.xml/nachrichten_99474.htm. Die gedruckte Fassung kann unter dem Titel „Die Bundesländer im Standortwettbewerb 2009/2010. Einkommen - Beschäftigung - Sicherheit“ (352 S.) zum Preis von 44,00 € über den Buchhandel (ISBN 978-3-86793-045-1) bezogen werden.

Umwelt

Höchste Zeit für eine Nachhaltigkeitsrevolution

Die Schweizerische Energie-Stiftung (SES; <http://www.energiestiftung.ch>) hat auf einer Fachtagung das oft tabuisierte Thema „Grenzen des Wachstums“ wieder ins Zentrum der Diskussion gerückt. Bei aller Unterschiedlichkeit im Herangehen gelangten die beteiligten Wissenschaftler und Politiker dabei zu der Schlussfolgerung: „Weiter wie bisher“ geht nicht!“ Dazu fehle „billiges Öl und ein zweiter Planet“. Das „System Erde“ sei begrenzt, die Ressourcen endlich, so wurde erneut unterstrichen.

„Off-Roader, Schneekanonen, Stand-by und Elektroheizungen – wir brauchen viel zu viel Energie. In der Schweiz liegen wir heute bei gut 6000 Watt Energieleistung pro Kopf. Dafür werden die Energieressourcen ausgebeutet, das Klima erwärmt und die Umwelt verschmutzt.“ Jedes Jahr wachse die Weltwirtschaft um ein bis zwei Prozent. Diese Rechnung könne einfach nicht aufgehen. Es fehlen Ressourcen, vor allem die „endlichen Energieressourcen, von denen wir uns auf Gedeih und Verderb abhängig gemacht haben“.

Zentrales Thema: Ressourcengrenze

Bald werde niemand mehr über den Klimawandel sprechen, weil „die prekäre Energieversorgung“ zum Hauptthema geworden sein wird, erklärte Prof. Dr. Dennis Meadows (Herausgeber des 1972er Club of Rome-Berichts „Die Grenzen des Wachstums“). Die grundsätzlichen Schlussfolgerungen von damals hätten unverändert Geltung. Nur der Zeithorizont sei noch erheblich kürzer geworden, „weil wir uns auf die Ressourcengrenze zu bewegen“. Wirtschaftskrisen seien dabei nur Symptome. Der Politikansatz, auch in Zukunft auf Wachstum zu setzen, sei falsch. Ein rasches Bevölkerungswachstum und unser hoher Lebensstandard seien das Problem.

Zentrale Notwendigkeit: Verhaltensänderung

Die These, dass nachhaltiges Wachstum möglich sei, hält Meadows für „paradox“. Sie sei ein „Widerspruch in sich“ und werde von Leuten vertreten, die von den wirklichen Problemen ablenken wollten. Der materielle Wohlstand werde „mit absoluter Sicherheit“ sinken, nur das Wann hänge vom Verhalten der Bevölkerung ab. Zwischen 2020 und 2050 werde die Grenze des Wachstums erreicht sein. Mit technologischen Projekten allein hätte die Gesellschaft „keine Chance“. Sie müsse vor allem ihr Verhalten ändern.

Das notwendige Rüstzeug für einen Übergang zur Nachhaltigkeit bestehe im Aufbau von Netzwerken, in Wahrhaftigkeit, in der Lernbereitschaft und („so banal und verpönt sich dies auch anhört“) in der Nächstenliebe. Von zentraler Bedeutung sei, „welchem Denkmodell wir anhängen. Glauben wir an ein Wachstum der Grenzen, daran, dass Innovationen und technologischer Fortschritt immer wieder in der Lage sind, ökologische Grenzen hinauszuschieben? Oder akzeptieren wir die Tatsache der physischen Begrenztheit der Welt und anerkennen, dass Wirtschaftswachstum noch nie zu einem Minderverbrauch wichtiger und endlicher Ressourcen geführt hat?“ Die vorhandenen Ressourcen reichten nicht einmal aus, um eine „grüne Konsumgesellschaft“ aufrechtzuerhalten.

Zentrale Anforderung: Umkehr vor dem Kollaps

„Ein echter ‘Green New Deal’“, so der Zürcher Autor „P. M.“ („Neustart Schweiz“), „muss eine gesellschaftliche Reorganisation auf der Basis von demokratisch bestimmten öffentlichen Diensten, einer landwirtschaftlichen Subsistenz und einer global kompatiblen Lebensweise definiert werden. Die Wirtschaft muss sich dem globalen Haushalt unterordnen. Wir wollen nicht einfach die Finanzdiktatur mit einer Ökodiktatur kombinieren. Wir wollen globale demokratische Strukturen, die von selbstbewussten Nachbarschaften ausgehen und sich subsidiär von unten nach oben aufbauen. Zumindest im schweizerischen Rahmen sind solche Strukturen vorhanden. Darum ist ein echter ‘Green New Deal’ hier durchaus denkbar. Wir könnten damit anfangen, unsere amorphen Siedlungen zu nachhaltigen Nachbarschaften umzubauen.“

Die „Umkehr vor dem Kollaps“ sei die größte Herausforderung der heutigen Generation. Schließlich, so Prof. Dr. Klaus Bitzer (Universität Bayreuth), habe man die Arche Noah ja auch bauen müssen, bevor die sintflutartigen Regenfälle einsetzen.

„Es geht nun um die Prioritäten“, betont der Physiker Dr. Rüdiger Paschotta (SES-Stiftungsrat). „So verlockend große, starke Autos und niedrigere Benzinpreise als in allen Nachbarländern sein mögen – erst mal müssen wir verhindern, dass unsere Wirtschaft in der bald kommenden Ölkrise schweren Schaden erleidet. Und mit viel weniger CO₂ muss es auch bei uns gehen, sonst holen wir die Chinesen nicht ins Boot, und der Klimaschutz scheitert – mit uns als Tätern und Opfern. Wer kein Träumer und Spinner ist, drängt darauf, dass wir uns schnellstens auf die Zukunft einstellen, um nicht unter die Räder zu kommen. Träumer und Spinner sind diejenigen, die meinen, eine Klimakatastrophe riskieren zu müssen, um unseren Wohlstand zu bewahren. Oder die glauben, die da in Bern wüssten schon, wo es langgeht ...“

Fazit

Als wichtigste Erkenntnisse der Fachtagung werden von der SES hervorgehoben:

1. Es sei notwendig, „ein neues Messkonzept für qualitatives Wachstum“ zu entwickeln, das auch „die Entwicklung der Wohlfahrt und des Wohlstandes aussagekräftiger abbildet“.
2. Die Erkenntnis, dass nach dem „Peak Oil“, dem Punkt an dem die höchste Ölfördermenge erreicht wurde, die Ölproduktion nie wieder dasselbe Niveau erreichen und danach Jahr für Jahr abnehmen wird, löse das Klimaproblem nicht.
3. Die Zeiten des „Easy Oil“, des vergleichsweise leicht zu gewinnenden Erdöls, und des „Easy Gas“ seien vorbei.
4. Mit Technik- und Technologieprojekten allein seien die Herausforderungen beim Klimaschutz nicht zu bewältigen.
5. Ein anderer Umgang mit den Ressourcen sei dringend nötig.

Das Magazin der Stiftung „Energie und Umwelt“ (H. 3/09), das die Beiträge zum Thema „Grenzen des Wachstums“ enthält, ist unter www.energiestiftung.ch/aktuell/archive/2009/10/01/energie-und-umwelt-3-09-grenzen-des-wachstums.html zu finden,

*Präsentationen zu zehn Referaten auf der Tagung unter
<http://www.energiestiftung.ch/service/fachtagungen/fachtagung09/referate-09/>. Ein Tagungsband ist angezeigt.*

Materialien

Neckel, Sighard: Flucht nach vorn

Die Erfolgskultur der Marktgesellschaft. Frankfurt/ New York: Campus Verlag 2008, 210 S., 21,90 €, ISBN 978-3-593-38758-1.

Im vorliegenden Band sind neuere Studien von Prof. Dr. Sighard Neckel (Institut für Allgemeine Soziologie, Universität Wien; Mitglied der Leitung des Instituts für Sozialforschung, Frankfurt/Main) zusammengefasst, der sich vor allem mit der Soziologie des Ökonomischen, der Kultursociologie und der Soziologie der Emotionen befasst. Hier geht es ihm vor allem um die Flucht der Gesellschaft in ihre eigene „Vermarktlichung“ und die „Pflicht zum Erfolg“.

Im ersten Kapitel verdeutlicht der Autor, wie sich der soziale Wettbewerb „über die Wirtschaft hinaus verallgemeinert“ hat und sich die „Gewinner/Verlierer-Unterscheidung, welche die öffentliche und auch die private Wahrnehmung sozialer Beziehungen prägt“, auf einen ökonomischen Mechanismus der „Vermarktlichung“ zurückgehe, der mittlerweile „fast überall Fuß gefasst“ habe. Konkurrernde Märkte würden zunehmend alle Sozialsysteme durchdringen und „die Leitlinien von Verkaufserfolg, Flexibilität und Gewinnkalkulation in bald jeder Lebenssphäre“ aufrichten. Die Marktgesellschaft heroisiere die Durchsetzung im Wettbewerb und rufe „den Unternehmer zur öffentlichen Leitfigur“ aus.

Paradoxe Entwicklung

„Die Paradoxie dieser Entwicklung liegt darin, dass mit der Verbreitung des Erfolgsprinzips in Gesellschaft und Ökonomie deren eigene Grundlagen erodieren, obwohl der Aufbruch in die Konkurrenzgesellschaft ja gerade verheißen wird, um die ökonomischen und sozialen Bestandsbedingungen auch künftig zu garantieren. Die Aushöhlung des Leistungsprinzips in Wirtschaft und Arbeitswelt ist hierfür ein bezeichnendes Beispiel. Die Vermarktlichung der modernen Ökonomie prämiert das geschäftliche Ergebnis und interessiert sich wenig dafür, wie es zustande kommt, ob es auf Anstrengung oder Ausbildung, auf Wissen oder Pflichterfüllung beruht. Was zählt, ist der reine Geldbetrag.“

Niemand komme auf die Idee, danach zu fragen, ob die Einkommen von „Superstars“ in Wirtschaft und Gesellschaft wirklich leistungsgerecht seien. Aber „vom Durchschnitt“ und von den Verlierern im wirtschaftlichen Wettbewerb würden immer höhere Leistungen erwartet.

Dass die „Pflicht zum Erfolg“ heute in den Institutionen und Lebenswelten der europäischen Länder verankert ist, führt der Autor im zweiten Kapitel auch auf den „Wettbewerbsindividualismus“ zurück, „der nicht allein Arbeit oder einer Leistung, sondern der des Erfolges als persönlicher Bewährung bedarf“. In einer Gesellschaft, der es vor allem auf sichtbare Erfolge ankomme, sei es geboten, „die Nachfrage nach der eigenen Person sichtbar zu inszenieren, um Vorsprünge erhalten und ausbauen zu können“. Erfolge müssten auffallend sein und möglichst „frappant dargestellt“ werden.

Produktion von Aufmerksamkeit

In der „Hingabe an das Gefühl“ sieht der Autor ein weiteres Charakteristikum dieser Entwicklung, das er im dritten Kapitel

(„Gefühlskapitalismus“) näher darstellt. Nur derjenige könne heute „besonders beeindrucken“, der auch emotional seine Spuren hinterlasse. Die Produktion von Gefühlen und deren gelungene Präsentation wären daher „zu einer eigenen Branche des wirtschaftlichen Erfolgsprinzips geworden“. Manager, so der Autor, seien heute vielfach „Eindrucksmanager“, deren vordringlichste Aufgabe darin bestehe, „bei Geschäftspartnern, Geldgebern und Kunden positive Stimmungen und optimistische Erwartungen zu erzeugen“. Aktionärsversammlungen, das „Team-Management“ am Arbeitsplatz und die Kundenbetreuung erinnerten oft an „esoterische Erweckungsveranstaltungen“. Auch die Politik erscheine „mehr und mehr als normfreie Zone geschickter Selbstinszenierung“. Und die „medialen Öffentlichkeiten“ würden sich mehr und mehr nach dem Prinzip organisieren, „durch die Überbietung von Spannungsreizen ein Maximum an Aufmerksamkeit zu erzielen“. Das Leitbild des „wohl informierten Bürgers“ bleibe dabei auf der Strecke.

Rückkehr sozialer Gegensätze

Wie in dieser „vermarktlichten“ Gesellschaft soziale Gegensätze wiederkehren, beschreibt der Autor im vierten Kapitel. Die heute vorherrschende Klassifikation sozialer Ungleichheit bezeuge, dass eine „ausufernde ‘Gewinner-Verlierer-Semantik‘ (...) vielfach an die Stelle getreten (ist), an der zuvor Ausdrücke wie ‘Benachteiligte’ oder ‘Sozial Schwache’ gestanden haben“.

„Im Sprachgebrauch des Wohlfahrtsstaats wurde bei Benennungen wie ‘sozial Schwache’ die gesellschaftliche Verantwortung sozial stärkerer Gruppen immer schon mitgedacht – auch deshalb, weil die Schwachen nicht allein als haftbar für ihre Lage galten. Die ‘Gewinner-Verlierer-Semantik’ hingegen repräsentiert ein symbolisches Nullsummenspiel, zu dessen Wesen es gerade gehört, als ‘Verlierer’ ausscheiden zu müssen. Die Zugehörigkeit endet beim Misserfolg, der ebenso persönlich zu verantworten wie sozial ausschließend ist.“

Festhalten am erlernten Beruf, lokale Verwurzelung und langfristige Bindungen seien zu Merkmalen typischer „Verlierer“ geworden, obgleich die Gesellschaft all dieser Lebensmuster eigentlich bedürfe. In der heutigen Wettbewerbsordnung müssten all jene Nachteile hinnehmen, „die für Wettbewerbe nicht andauernd antreten können, weil Familie und Kinder hierzu keine Gelegenheit lassen“. Auch Ältere und jene, denen Krankheit die „kontinuierliche Teilnahme an Marktwettbewerben verwehrt“, liefen in ähnlicher Weise Gefahr, „unversehens in die Verliererposition der Konkurrenzgesellschaft zu geraten“. Und das bereits „abgehängte Prekariat“ könne „ein Leistungsbewusstsein als Ressource der eigenen Selbstachtung“ kaum noch entwickeln. Die Wettbewerbs-„Gewinner“ andererseits formierten sich mittlerweile ökonomisch, sozialräumlich und symbolisch in einer eigenen „Parallelgesellschaft“.

Fazit

Ob die in dieser „Kultursoziologie des Marktkapitalismus“ analysierte „Flucht“ der Gesellschaft in den Erfolgskult tatsächlich eine „Flucht nach vorn“ ist, dürfte mancher nach der Lektüre der Studien wohl bezweifeln.

Impressum

Herausgeber:

BANK FÜR SOZIALWIRTSCHAFT AG
Wörthstraße 15-17, 50668 Köln
Telefon 0221 / 97356-210
Telefax 0221 / 97356-477

Redaktion:

Stephanie Rüth (v.i.S.d.P.),
E-Mail: s.rueth@sozialbank.de

Winfried Morgenstern
E-Mail: w.morgenstern@sozialbank.de

Verlag:

BFS SERVICE GMBH
Im Zollhafen 5 (Halle 11), 50678 Köln
Telefon 0221 / 97356-160
Telefax 0221 / 97356-164
E-Mail: bfs-service@sozialbank.de

ISSN: 1869-7631
Erscheinungsweise: monatlich